



## NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses  
am 27. Oktober 2010  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

---

**Vorsitz :**

**Torsten Tollebeek (CDU)**

Anwesende Ausschussmitglieder:  
Ferner anwesend:  
Tagesordnung:  
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1  
siehe Anlage 2  
siehe Anlage 3  
siehe Anlage 4

**Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr**

**Ende: 19:35 Uhr**

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 24/10	(Drucksachenband 150)
Drucksachenlisten DL Nrn. 26/10	(Drucksachenband 151)
Drucksachenlisten DL Nrn. 31/10 + NÖ, 33/10	(Drucksachenband 152)
Drucksachenlisten DL Nrn. 34/10 + NÖ	(Drucksachenband 153)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

## öffentliche Sitzung

### 0159      Tagesordnung

1. Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.
2. Tagesordnungspunkte, die keiner Aussprache bedürfen, werden am Anfang der Sitzung abgestimmt.

Einstimmig

### 0160      Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 25.08.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

### Die nachfolgenden Punkte (Beschlussnummern 0161 bis 0172 werden ohne Aussprache abgestimmt:

#### 0161      10-V-52-0013

Sanierung der Sporthalle Klarenthal - Grundsatzvorlage

Einstimmig

#### 0162      10-V-86-0003

Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes mattiaqua

Einstimmig

#### 0163      10-V-20-0037

Mindeststandards zur Vergabe in den Gesellschaften und Eigenbetrieben des Stadtkonzerns Wiesbaden

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

- |      |   |  |
|------|---|--|
| 0164 | <b>10-V-20-0038</b>   |  |
|      | Investitionscontrolling 2. Quartal 2010   |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0165 | <b>10-V-36-0018</b>   |  |
|      | Mehrkosten für die Lärmschutzwand an der Ludwig-Erhard-Straße in Wiesbaden-Dotzheim |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0166 | <b>10-V-07-0010</b>   |  |
|      | Refinanzierung Maßnahme Abtrennung Dambach von Mischwasserkanalisation              |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0167 | <b>10-V-51-0039</b>   |  |
|      | Dynamisierung des Zuschussvertrages Männer- und Jungenberatungsstelle " Bizeps "    |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0168 | <b>10-V-51-0056</b>   |  |
|      | Einrichtung einer Koordinierungsstelle im Übergang Schule-Beruf                     |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0169 | <b>10-V-08-0008</b>   |  |
|      | Mehrkosten für den Neubau der Ernst-Göbel-Schule                                    |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0170 | <b>10-V-20-0029</b>   |  |
|      | Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2010   |  |
|      | Einstimmig  |  |
| 0172 | <b>10-V-20-0048</b>   |  |

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2010

Einstimmig

#### 0174      **Verschiedenes**

1. Der Revisionsausschuss bittet den Magistrat (Dezernat VI), in der Sitzung des Ausschusses am 01.12.2010 darüber zu berichten,
  - welcher Kompromiss mit der Stadt Taunusstein in Bezug auf die Erstattung der kommunalen Kita Gebühren gefunden werden konnte,
  - ob und wann nach dem dort gefundenen Kompromiss Forderungen an die Stadt Taunusstein gestellt wurden und
  - ob die geschlossene Vereinbarung nur für die Vergangenheit oder auch für die Zukunft gelten soll.
2. Die Schulungsveranstaltungen (19. und 26.11.2010) in Bezug auf doppik und die zu prüfenden Jahresabschlüsse werden nicht, wie zunächst geplant, im ZVK-Gebäude, sondern im Rathaus stattfinden. Es ergeht noch eine gesonderte Einladung.

Einstimmig

#### 0175      **10-F-02-0027**

Salz- und Streugutvorrat für den kommenden Winter  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 13.10.2010 -

Vors. Tollebeek begründet den Antrag und weist darauf hin, dass man im vergangenen Winter wesentlich mehr Salz benötigt hätte. Seine Fraktion möchte, dass in der Stadt ordentlich gestreut wird. Er erinnert zudem an den ausstehenden Bericht zum Winterdienst in den östlichen Vororten. Er fragt des Weiteren nach, welche Verträge mit privaten Anbietern geschlossen wurden, um auf Spitzen reagieren zu können.

Stadträtin Zeimetz bittet darum, einen schriftlichen Bericht zum nächsten Sitzungszug vorlegen zu dürfen. Sie berichtet aber, dass man am Freitag ein weiteres Streusalzlager in Betrieb nehmen werde und dass ein weiteres Wettermeldeunternehmen beauftragt worden sei, damit man auf 2 Wettervorhersagen zurückgreifen könne.

Herr Wack (ELW) berichtet, dass der Verbrauch an Streusalz in den letzten 4 normalen Wintern durchschnittlich bei 1.500 t pro Saison lag. Im letzten Wintert hätte man 7000 t Salz gebrauchen können. Man habe jetzt die Kapazität um 150 % erhöht. Eine Tonne Salz sei eingelagert und Nachlieferungen seien mit den Händlern vereinbart (Verträge mit Konventionalstrafe über Lieferung von 2 x 500 t).

Die neue Halle auf der Deponie würde morgen in Betrieb genommen, dadurch könne man jetzt 1500 t mehr Salz dazunehmen, so dass dann insgesamt 2500 t Salz eingelagert seien.

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

---

Wenn man von dem letzten strengen Winter ausgegangen wäre (errechneter Verbrauch von 7.000 t) und diesen als Grundlage nehmen würde, ergäbe das eine Einlagerung von 8750 t bei einem angedachten Mehrverbrauch von 25 %. Diese Rechnung erscheint unrealistisch. Zudem würden Kosten von 500.000 € würden entstehen (Preis pro Tonne netto 62 €). Splitt sei auch eingelagert; durchschnittlich würden 1250 t verbraucht - 600 t seien eingelagert und man habe auch noch Optionen.

Stv. Gerich bedankt sich für die Erhöhung der Salzeinlagerung, denn es gehe in erster Linie um die Sicherheit der Bürger/innen. Er möchte aber schon wissen, was ELW machen wird, wenn wirklich 7.000 t gebraucht werden - wie soll dann die Anlieferung sichergestellt werden.

Herr Wack berichtet, dass die Lieferanten im letzten Jahr die Konventionalstrafen ohne Probleme gezahlt haben und dann das Salz zu einem weit höheren Preis in den Norden verkauft hätten. Davor würden aber auch die besten Verträge nicht schützen. Durch die jetzige Erhöhung der Einlagerungsmenge und die Optionen, die jetzt noch bestehen, stehen 3.500 t Streusalz zur Verfügung. Man habe darüber hinaus auch Optionen auf 7.000 t, aber ob das wirklich geliefert werden kann, ist fraglich. Die Salzproduktion der anbietenden Firmen sei nach seinem Kenntnisstand nur um 12 % erhöht worden.

Stv. Wieltch fragt nach, wie hoch denn die Konventionalstrafen seien, worauf Herr Wack bestätigt, dass Konventionalstrafen wie im letzten Jahr vereinbart wurden.

Stv. Reiß möchte genau wissen, wie hoch denn die Lagerkapazitäten seien.

Hier bestätigt Herr Wack, dass man die Lagerkapazitäten mit 3.500 t voll ausgeschöpft habe. Salz werde nicht schlecht. Wenn man es in diesem Winter nicht verbraucht, muss man die ersten 10 cm entsorgen, dann aber ist ein Einsatz möglich.

Vors. Tollebeek bemerkt, dass der Intension des Antrages nicht Rechnung getragen wurde. Man habe die Prognose auf einen harten Winter. Gerade seien in der Sitzung mehrere Mio € üpl/apl für Bauvorhaben genehmigt worden. 500.000 € für die Sicherheit der Bürger/innen der Stadt würden ihn nicht schrecken. Die Leute würden die Stadt eines Tages für verrückt erklären, wenn selbst bei den vorliegenden Prognosen nicht richtig bevorratet wird.

1. Zur Problematik des Winterdienstes in den östlichen Vororten warte der Ausschuss immer noch auf Ergebnisse der Gespräche zwischen LHW und ELW. Wenn nicht jetzt dazu Stellung genommen werden kann, bittet er um einen schriftlichen Bericht in der nächsten Sitzung.
2. Er bittet darum, möglichst kurzfristig dafür Sorge zu tragen, dass der Ausschuss möglichst schnell einen Bericht darüber bekommt, wie zusätzliche Salzmengen eingelagert werden sollen.
3. Abschließend möchte er wissen, wie man Lieferverträge so gestalten kann, dass man das Salz im Bedarfsfall überhaupt zu einem vernünftigen Preis bekommt. Der Ausschuss möchte solche Verträge haben, in denen Konventionalstrafen mindestens in der Höhe des erzielbaren Preises vereinbart werden, d.h., sie müssten entsprechend ausgestaltet werden. Wenn das nicht sichergestellt werden kann, müsste er auf der Intension des Antrages bestehen.
4. Er möchte, dass die Lagermenge über 1500 t hinaus erhöht wird.

Er erwartet rechtzeitig vor der nächsten Sitzung einen Bericht mit validen Zahlen.

Herr Wack teilt mit, dass das Bestellen und Lagern eigentlich kein Problem sei, aber bisher würde nach Pauschale abgerechnet. Die Pauschale i. H. v. 250.000 € dürfte nicht ausreichen.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Vors. Tollebeek stellt klar, dass man deswegen ja auch im Revisionsausschuss darüber rede. Man könnte in der nächsten Sitzung zusätzlich Mittel beschließen, dafür müsste man aber wissen, wie viel kostet was mehr und kann man es besorgen.

Herr Wack berichtet, dass es ein Gespräch bei Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller zusammen mit Herrn Zenzen (Revisionsamt) und Frau Zieren-Hesse (Hauptamt) stattgefunden habe. Es sei vereinbart worden, dass für den Winterdienst 2010/11 das Hauptamt weiter zuständig sei. Ab 2012/2013 soll ELW den Winterdienst übernehmen, entsprechender Vertrag sei in Vorbereitung. Die Fahrzeuge müssen noch geregelt werden - bleiben sie beim Hauptamt, übernimmt ELW die Fahrzeuge usw. Er habe aber im Moment zu wenig Infos, um dazu etwas sagen zu können.

Der Revisionsausschuss bittet Dezernat I, dass es jetzt nach über 2 Jahren Vorlaufzeit zu einer zukunftsfähigen Regelung kommt.

### Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 13.10.2010 betr.

Salz- und Streugutvorrat für den kommenden Winter

wird angenommen.

2. Der Ausschuss nimmt den in der heutigen Sitzung gegebenen mündlichen Bericht zur Kenntnis, wonach in der Wintersaison 2010/2011 die Räumung in den östlichen Vororten zunächst weiter in der Zuständigkeit des Hauptamtes verbleibt und ab 2012/2013 in die Zuständigkeit der ELW übergeht.

Der Ausschuss bittet um Vorlage eines schriftlichen Berichts zu den Ergebnissen der Verhandlungen im Einzelnen und um weitere Informationen, sobald z. B. die Übernahme von Fahrzeugen usw. geregelt ist.

3. Der Revisionsausschuss bittet des Weiteren um Vorlage eines schriftlichen Berichts rechtzeitig zur Sitzung des Ausschusses am 01.12.2010 darüber,
  - wie und wo der Magistrat gedenkt, zusätzliche Salzmengen einzulagern,
  - wie die Lieferverträge gestaltet werden können, um in einer Notsituation sicherzustellen, dass das optional bestellte Salz auch wirklich zur Auslieferung kommt. Dabei ist darauf einzugehen, in welcher Höhe Konventionalstrafen ausgehandelt werden können, um die Umsetzung der Verträge zu garantieren. Sollte nicht sichergestellt werden können, dass die optional bestellten Salzmengen auch geliefert werden, besteht der Ausschuss darauf,
  - die Lagermenge über 1500 t hinaus zu erhöhen.

Einstimmig

**0176            07-F-22-0002**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Die Beschlussfassung zu diesem Punkt wurde in dem Beschluss zu dem vorstehenden Antrag mit aufgenommen (0175).

Einstimmig

**0177**      **10-F-03-0019**

Vergaberichtlinien für Konjunkturpakete  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.10.2010 -

Stv. Gaedeke begründet den Antrag und berichtet, dass auf Landesebene diskutiert wird, wie die Verteilung der Mittel erfolgt, wer die Projekte abgewickelt hat, wer die Abrechnung vorgenommen hat und ob auch die Mittel dort angekommen sind, wo sie ankommen sollten. Sie möchte speziell wissen, ob die LHW auf Kosten sitzen bleibt.

Herr Emmel (Kämmerei) stellt zunächst klar, dass die LHW nicht auf Kosten sitzen bleiben wird. Bei vielen Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen habe sich die LHW der SEG bedient. Es wurden entsprechende Verträge geschlossen. Es werden z. B. auch Durchführungskosten geltend gemacht. Die Honorarkosten = Personalkosten sind bemängelt worden. Er habe mit dem Finanzministerium gesprochen - man könnte die Maßnahmen verschieben.

Es sei vorher bestätigt worden, dass die Zusammenarbeit mit der SEG in Ordnung sei. Es gab allerdings im Nachhinein den Hinweis, dass der Mailverkehr nicht richtig verstanden worden sei. Die Clearingstelle tagt Anfang November. Dort wird dann alles Weitere besprochen.

Herr Zenzen weist darauf hin, dass Wiesbaden nicht die einzige Stadt sei, die betroffen ist, es ergehe auch z. B. Hanau und Frankfurt ähnlich. Es wird darauf abgestellt, dass die Projekte erstattungsfähig sind, die vorher ausgeschrieben waren. Die direkte Beauftragung sei nicht erstattungsfähig.

Herr Emmel weist noch einmal darauf hin, dass die LHW keinen Euro verlieren werde. Der schriftliche Bericht kommt.

Einstimmig

**0178**      **10-F-02-0028**

Serviceleistungen Wivertis/PIWI  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 12.10.2010 -

Stv. Wieltch begründet den Antrag. Er weist darauf hin, dass es unterschiedliche Nutzer gäbe. Ein helpdesk sei nur hilfreich, wenn es auch besetzt sei. In dem vorliegenden Fall war das helpdesk zwar besetzt, aber WIVERTIS hatte seinen Betriebsausflug. Die Telefonnummer des helpdesk war nicht bekannt. PIWi sei gar nicht bei WIVERTIS angedockt, sondern würde über die LHW betrieben. Ihn interessiert auch, wie viele Bürger/innen und Stadtverordnete die Dienste nachfragen. Meistens braucht man als Stadtverordneter die Informationen abends oder am Wochenende.

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Herr Emmel möchte zu dem Antrag schriftlich Stellung nehmen und dies mit dem Dienstleister abstimmen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass er schon erlebt habe, dass Mitarbeiter im Rathaus Pause machen müssen, weil das System ausgefallen ist. Dazu hätte er gern eine Stellungnahme. Mit der Beantwortung des Antrages bittet er aber auch um Vorschlag von Lösungen, wie die Situation verbessert werden könne (wer kann wann angerufen werden). Er bittet dafür Sorge zu tragen, dass die Lösung möglichst kostenneutral gestaltet wird.

Einstimmig

### Zu den Punkten unter Beschlussnummern 0179 und 0180 wird Vors. Tollebeek in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bericht erstatten.

**0179**      **10-F-25-0075**

Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses zur Klärung des Genehmigungsverfahrens JN-Demonstration und Kundgebung in Wiesbaden am 08.05.2010  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.06.2010 -

Die Akteneinsicht in den Räumen des Dezernates VII war von Seiten der Verwaltung sehr gut vorbereitet. Es wurden alle Akten zur Verfügung gestellt. Man hätte formalrechtlich vielleicht gar nicht alles sehen dürfen, aber das Dezernat hat einen regelrechten Rundumservice geboten.

Die gesetzte Nachfragefrist für die Fraktionen ist ungenutzt verstrichen.

Die Akteneinsicht wird für beendet erklärt.

Einstimmig

**0180**      **10-F-01-0057**

Naziaufmarsch am 08. Mai 2010  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Einstimmig

**0181**      **10-F-02-0002**

Pachtvertrag Wartburg  
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 17.08.2010 -

## Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

---

Zu diesem Punkt ist die Ortsvorsteherin Wiesbaden Mitte, Frau Seibert-Gölz, eingeladen. Der bisher lediglich an die Stadtverordneten verteilte nicht öffentliche Bericht des Kulturamtes wird auch ihr zur Verfügung gestellt.

Stv. Gerich erklärt, dass durch den Bericht im Prinzip alle Fragen beantwortet sind, stellt aber fest, dass Aussage gegen Aussage steht. „Theaterkneipe“ sei ja kein feststehender Begriff. Dieser Begriff sei nicht klar genug umrissen worden und so etwas sollte zukünftig nicht noch einmal passieren. Man sollte wachsweiße und undeutliche Formulierungen vermeiden. Wenn es keine Schwierigkeiten gibt, sind auch die Begriffe nicht so ausschlaggebend, aber wenn es zu Unstimmigkeiten kommt, beruft man sich gerne auf die vertraglichen Festlegungen.  
Er fragt nach, ob es viele Interessenten für die Neuverpachtung gäbe.

Stv. Dumont du Voitel hält durch den Bericht auch alle Fragen für beantwortet. Ihr ist nur unklar, warum dem Pächter vorgeworfen wurde, dass er private Feste veranstaltet habe, denn das sei ja gar nicht genau ausgeschlossen gewesen.

Herr Funk (Kulturamt) bestätigt, dass die Formulierung so nicht im Vertrag stand. Man hatte unterstellt, dass die Formulierung „Theaterkneipe“ diese Dinge ausschließt.

Stv. Kienast-Dittrich empfindet es so, dass viele Einzelpunkte oberflächlich behandelt wurden und nicht präzise und transparent im Vertrag festgelegt wurden. Man müsste sich für den neuen Vertrag genaue Eckpunkte überlegen. Sie fragt auch nach, ob denn die Punkte Brandschutz, Lüftung usw. erledigt seien, was Herr Funk für das Gesamthaus bestätigt.

Herr Funk bestätigt, dass man im Kontakt zum Rechtsamt stehe. Die überarbeitete Fassung des Pachtvertrages sei dort Gesprächsgrundlage.  
Man sei wegen des neuen Pächters in engen Verhandlungen, aber es gäbe noch keinen Abschluss.

Frau Seibert-Gölz sieht die Fragen des Ortsbeirates auch als beantwortet an. Sie weist noch einmal auf die Unstimmigkeiten im Pariser Hoftheater hin, die auch den Ortsbeirat Mitte beschäftigt haben und bittet dringend darum, intensiv mit dem Rechtsamt zusammen die Verträge auszugestalten.

Stv. Wieltch fragt nach, ob denn der 1. Vertrag nicht mit dem Rechtsamt abgestimmt war und weist darauf hin, dass es in der LHW noch andere Stellen oder Personen gäbe, die sich mit Pachtverträgen beschäftigen und um Rat ersucht werden können. Kompetenz z. B. beim Hauptamt oder beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften sollte man nutzen.

Herr Funk erklärt, dass das Rechtsamt beim 1. Vertrag eingeschaltet war, aber ein Standardvertrag als Grundlage diene. Man habe jetzt z. B. mit Herrn Stadtrat Schüler gesprochen, der wichtige Hinweise geben konnte.

Stv. Gaedeke vertritt auch die Meinung, dass man Experten zu Rate ziehen sollte und z. B. Makler befragen könnte.

Vors. Tollebeek ist klar, dass man hier keinen Standardpachtvertrag benutzen konnte. Es erschienen jetzt einige Dinge aus einem anderen Blickwinkel als in der letzten Sitzung. Er berichtet von dem Rechtsstreit wegen nicht gezahlter Miete und Beleidigungs- und Unterlassungsklagen. Die Haltung des Pächters sei ihm mittlerweile verständlicher.

## Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Er würde sich wünschen,

- dass man vor Abschluss eines Pachtvertrages eine wirkliche Expertise von Fachleuten einholt und
- den Vertrag unter Gremienvorbehalt stellt.

Wenn die HGO nichts Gegenteiliges sage, könnte man mit den Fraktionen vorher die Verträge vorlegen und hätte dann auch politischen Rückhalt.

Er selber habe gelernt, dass die dezentrale Ressourcenverwaltung doch nicht so optimal sei. Er findet sie zwar grundsätzlich o. k., aber einige Fälle wie z. B. EDV und Verpachtung wären zentral besser geregelt.

Einstimmig

**0182**      **10-F-01-0074**

Wartburg  
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.08.2010 -

siehe Beschluss Nr. 0181

Einstimmig

**0183**      **10-V-41-0025**

Gastronomiebetrieb in der Wartburg

siehe Beschluss Nr. 0181

Einstimmig

**0185**      **10-V-20-0033**

Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAkten LHW "

Herr Ortseifen berichtet, dass es sich um Querschnittsprojekt handelt. Das Amt für Soziale Arbeit und Stadtkasse/Steueramt mit 600 Anwendern sind damit befasst. Bis 2012 sollen die eAkten dort Anwendung finden. Man könne heute keine seriösen Zahlen nennen, diese ergeben sich erst über einen längeren Zeitraum. Was man weiß ist, dass im Sozialdienst ca. 500 m<sup>2</sup> angemietete Räume nicht mehr benötigt werden, was zu einer Einsparung von 10.000 € führt. Verbesserte Arbeitsqualität wird auch den Bürger/innen zu Gute kommen.

## Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Im 1. Halbjahr 2012 könnte man bessere Prognosen geben.

Stv. Gerich begrüßt, dass es zu Einsparungen zumindest bei der Raummiete kommen wird, aber er weist auf die höheren Systemkosten hin und hätte dazu gern eine Gegenüberstellung.

Vors. Tollebeek berichtet aus seiner beruflichen Praxis, dass er sicher seinem Vorstand eine Kosten-Nutzenanalyse vorlegen müsste, wenn er von diesem für die Finanzierung eines Projektes 2,5 Mio € beantragen würde.

Er müsste den Zweck erklären, müsste darlegen, was verdient werden kann oder welche Verzinsung es gäbe.

Er findet den Ansatz in der Vorlage mutig, denn Personaleinsparungen habe man hier sicher keine. Die verbesserte Kundenzufriedenheit bringt auch keinen finanziellen Vorteil. Die Einsparungen bei Miete und Möbeln seien vergleichsweise gering.

Man könnte mit den 2,5 Mio € sicher andere Dinge in der LHW tun. Wenn dadurch wenigstens Arbeitsplätze geschaffen würden oder mehr Kitas, mehr Schulen, mehr Kultur zu haben sei. Aber es gäbe keine verlässlichen Aussagen und man müsste die Vorlage eigentlich ablehnen.

Herr Emmel weist darauf hin, dass es bei IT-Projekten immer das Problem gibt, dass man zu Anfang besser nicht darauf hinweist, dass Arbeitsplätze dadurch wegfallen könnten - das würde sofort Schwierigkeiten mit der Personalvertretung nach sich ziehen.

Durch die eAkte könnte aber die Arbeitsproduktivität erhöht werden. Schon jetzt gäbe es eine Verordnungsflut, Gerichtsentscheidungen usw. von unheimlichem Ausmaß. Die Mitarbeiter/innen z. B. im Hartz-IV-Bereich seien auf Hilfsmittel angewiesen. Man könne sich als öffentliche Verwaltung nicht davon lösen.

Vors. Tollebeek stellt klar, dass Produktionssteigerung meistens mit EDV begründet werde, im privaten Bereich gäbe es aber nur eine Prognose, die wir hier nicht haben.

Er bemängelt, dass das, was Herr Emmel gerade ausgeführt hat, nicht in der Sitzungsvorlage steht.

Es würde ja in der Konsequenz bedeuten, dass in der Sozialhilfe evtl. mehr Stellen benötigt werden, wenn nicht durch die EDV mehr unterstützt wird - aber warum steht dies nirgendwo? Dem Ausschuss wird lediglich über die Einsparungen bei Büromöbeln berichtet. Vielleicht sind die aber doch nicht so nachprüfbar, dass man sie aufführen könnte.

Er besteht auf umfassende Information mit validen Zahlen.

Stv. Wieltsch erklärt, dass in der Sitzungsvorlage nicht von 2,5 Mio €, sondern von 4 Mio € die Rede ist. Warum diese Kosten apl bzw. üpl anfallen, ist ihm nicht verständlich.

Die Begründung zu der Vorlage sei wachweich, es gäbe nicht einmal Schätzungen. Dies müsste man aber doch zumindest erwarten, auch wenn keine eindeutigen Berechnungen angestellt werden könnten. Vielleicht wäre die Einrichtung einer EDV-Prüfgruppe doch sinnvoll.

Vors. Tollebeek schildert, dass es immer ein Problem sei, wenn bei hohen Kosten, die zudem noch üpl oder apl anfallen, keine Benefit dahinter stehe. Die Notwendigkeiten für die Ausgaben sind doch sicher in den Projektgruppensitzungen besprochen worden, aber warum findet man keinerlei Aussagen dazu in der Sitzungsvorlage.

Herr Emmel wirft ein, dass man aus der Vergangenheit Erfolge dokumentieren könne. Man habe einen Personalabbau vollzogen, ohne dass Leistungen verschlechtert wurden. Die Leistungen wurden sogar noch verbessert. In den letzten 7 bis 8 Jahren habe man die Erfahrung gemacht, dass man Zuwachs vermeiden müsse. Wenn in der Sitzungsvorlage stehen würde, dass man die Fallzahlen erhöhen möchte, würden sofort Widerstände produziert.

## Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Das Amt für Soziale Arbeit sei DV-mäßig nicht gut bestückt. Auch mit prosoz habe man immer wieder Schreiben produziert.

Lt. Vors. Tollebeek habe man stadtweit schon sehr viel Mittel in die EDV gesteckt. Die Klagen von Hartz-IV-Empfängern seien aber nicht weniger geworden.

Für ihn sind die Leistungsverbesserungen nicht nachvollziehbar. Er erinnert in diesem Zusammenhang an KLIS - heute könne man eine solche Software für einen geringen Betrag bei windows kaufen.

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

1. Der Revisionsausschuss nimmt die mündlichen Ausführungen von Herrn Emmel und Herrn Ortseifen (Dezernat I/Kämmerei) zur Kenntnis.
  -
2. Der Ausschuss bittet rechtzeitig zur Sitzung des Ausschusses am 01.12.2010 um die Vorlage eines schriftlichen Berichts,
  - zu den bereits mit Beschluss Nr. 0353 der Stadtverordnetenversammlung am 09.09.2010 gestellten Fragen, wo konkret welche Einsparungen in welcher Höhe zu erwarten sind.
3. Der Ausschuss wird sich darüber hinaus damit beschäftigen,
  - wie zukünftig Sitzungsvorlagen aus dem Bereich der Datenverarbeitung aussagekräftiger gestaltet werden können,
  - wo Sinn, Zweck und Ziel von Projekten in der Datenverarbeitung in Gegenüberstellung zu den erwarteten Investitionen gesehen wird,
  - warum konkret an Projekten festgehalten wird,
  - wo qualitativ und quantitativ messbare Erfolge für die Mitarbeiter/innen und/oder die Bürger/innen zu verzeichnen sind,
  - welcher „Gewinn“ ganz allgemein erzielt werden soll und kann.
4. Der Magistrat wird daher gebeten, in der Sitzung am 02.02.2011 mittels eines Power-Point-Vortrages den Ausschuss über die aktuellen zentralen und dezentralen eGovernment- Maßnahmen der LHW umfassend zu informieren. Darzustellen sind darüber hinaus die hierzu verwandten Budgets der einzelnen Dezernate für eGovernment und IUK-Maßnahmen.

Einstimmig

**0186            10-V-41-0023**

Bericht an den Revisions- und den Kulturausschuss: Erläuterung zum Abschluss 2009 des Hess. Staatstheaters Wiesbaden

Zu diesem Punkt ist neben Herrn Funk auch Herr Bauscher vom Hess. Staatstheater anwesend.

Stv. Dumont du Voitel fragt nach den Kosten für Dienstreisen und das Verhältnis zu den Gastspielen.

## Seite 13 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl.      Vorlagen                      Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr.            Nr.

---

Herr Bauscher erklärt, dass bei den Gastspielen grundsätzlich die Hotelkosten in der Übersicht nicht enthalten sind. Die Gastgeber übernehmen die Kosten (Maifestspiele). Bei Dienstreisen übernimmt das Theater die Gesamtkosten.

Weitere Kosten sind durch Streitigkeiten vor Gericht entstanden, zu denen Herr Bauscher zu bedenken gibt, auf hoher See und vor Gericht mit allem rechnen müsse - man könne Prozesse auch verlieren. Im Moment sei unklar, ob man in besagten Fällen weiter verhandeln wolle oder nicht.

Auch Vors. Tollebeek bestätigt, dass man Gerichtskosten nicht vorher kalkulieren könne.

Durch den schriftlich vorgelegten Bericht konnten alle Fragen geklärt werden. Die Sitzungsvorlage wird unter dem nachfolgenden Punkt abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Einstimmig

**0187            10-V-01-0009**

Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2009 und Budget 2010/2011

Durch den schriftlich vorgelegten Bericht konnten alle Fragen geklärt werden. Die Sitzungsvorlage wird abgestimmt und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Einstimmig

**0188            10-V-37-0002**

Personelle Ausstattung des Einsatzdienstes der Berufsfeuerwehr

Herr Hagen ist zu diesem Punkt anwesend.

Stv. Gerich erklärt, dass er gerne seine Zustimmung zur personellen Ausstattung der Berufsfeuerwehr gäbe. Es handele sich hier um gut angelegtes Geld. Er würde sich freuen, wenn man Diskussionen nicht mehr in dieser Schärfe führen würde (bezieht sich nicht auf die Diskussion im Ausschuss).

Er fragt nach dem Stellenschlüssel bei der Berufsfeuerwehr. Es gäbe einige Mitarbeiter, die nicht mehr im Einsatzdienst arbeiten könnten, die aber weiterhin auf ihrer Stelle geführt würden. Wie könnte man das für die Zukunft ändern? Es soll sichtbarer gemacht werden, dass man Bedarfe habe.

Herr Hagen berichtet dazu, dass man dabei sei, das Problem anzugehen. Man werde aber immer Mitarbeiter haben, die nicht bis zur normalen Altersgrenze im Einsatzdienst arbeiten können. Die sonstigen Verwendungsmöglichkeiten seien begrenzt. Man sucht zurzeit gemeinsam mit dem Personalamt und der Kämmerei nach Lösungen.

Das eigentliche Problem seien aber die allgemeinen Sparbeschlüsse. Auch nur 1 % Personaleinsparungen hätte eine große Auswirkung auf die Berufsfeuerwehr. Vielleicht könnte man zukünftig die Feuerwehr von Sparbeschlüssen ausnehmen.

## Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 27. Oktober 2010

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

Herr Emmel bekräftigt, dass die nicht mehr einsatzfähigen Feuerwehrbeamten woanders eingesetzt werden sollen. Man müsse mehr Beschäftigungsmöglichkeiten in der Verwaltung finden und dann entsprechend verrechnen.

Die von Vors. Tollebeek nachgefragte Fahnenkammer sei wirklich das, was er sich vorstelle. Dort würden alle Fahnen, die zu offiziellen Anlässen in der Stadt aufgehängt würden, verwaltet (Tiefbauamt).

Für Vors. Tollebeek ist auch der Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen bei der Berufsfeuerwehr ein voller Erfolg.

Herr Emmel weist auch noch darauf hin, dass man bei Sparbeschlüssen keine Amtsvorgaben, sondern Dezernate allgemein um Stellenkürzungen usw. nachfrage. Die Einführung der Doppik habe aber gerade die Feuerwehr besonders getroffen. 90 bis 95 % der Mitarbeiter bei der Berufsfeuerwehr seien Beamte, d. h., dass sie einen überproportionalen Anteil an der Pensionsrückstellung finanzieren müssen.

Er erklärt des Weiteren, dass es kein Problem von zu wenig vorhandenen Stellen bei der Berufsfeuerwehr gäbe, sondern dass es sich vielmehr um ein Finanzierungsproblem handele. Wenn dienstunfähige Feuerwehrbeamte anderweitig eingesetzt werden, so gäbe es eine Verrechnung mit dem aufnehmenden Amt und man kann die Stelle des Feuerwehrbeamten wieder besetzen.

Stv. Gerich berichtet, dass ihm bekannt geworden sei, dass 2009 fertig ausgebildete Feuerwehrbeamte den Dienstherrn gewechselt hätten. Man habe diese Beamten aber hier auf Kosten der Stadt ausgebildet.

Herr Hagen erklärt dazu, dass es Ausnahmefälle waren, die aus ganz persönlichen Gründen gewechselt haben und dies eigentlich so gut wie nie vorkäme. Nachwuchssorgen habe er nicht, es gäbe immer wieder Initiativbewerbungen. Das Land sei im Moment dabei, die Altersgrenze von 60 auf 62 Jahre anzuheben, aber Beamte, die mehr als 20 Jahre Schichtdienst geleistet haben, könnten wahrscheinlich weiter mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen.

Man habe bei der Berufsfeuerwehr eine ganz geringe Fluktuation, es gäbe kaum Kündigungen oder Versetzungsgesuche.

Einstimmig

**0189**      **10-V-52-0016**

Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Niederfeld (Dotzheim)

Einstimmig

**0190**      **10-V-36-0017**

Mehrkosten für Lärmschutzwand an der L 3028 in Wiesbaden-Delkenheim

Einstimmig

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

---

**0191**      **10-V-67-0019**

Ersatzbeschaffung eines Forstspezialschleppers

Der Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit hat in seiner letzten Sitzung einige Dinge in Bezug auf die Ersatzbeschaffung nachgefragt. Die Antworten sollen dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung in seiner Sitzung am 03.11.2010 vorgelegt werden.

Stv. Reiß, der im Ausschuss für Umwelt und Sauberkeit die entsprechenden Fragen gestellt hat, mahnt die permanenten Reparaturkosten des Schleppers an und hätte dazu gerne eine Begründung, um welche Reparaturen handelt es sich, was für ein Fahrzeug es eigentlich ist usw. Die beigefügte Übersicht sagt zu den angekreuzten Tagen nicht, ob das Fahrzeug im Einsatz war oder was die Kreuze überhaupt zu bedeuten haben. Im Deckungsvorschlag ist davon die Rede, dass 64.000 € bereits verplant seien, aber was bedeutet das denn?

Einstimmig

### nicht öffentliche Sitzung

**0193**      **10-V-36-0026**

Erhöhung des städtischen Darlehens an die MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH Co. KG zur Vorfinanzierung von Bürgersolaranlagen

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden,                      .11.2010

**Vorsitzender**

**Schriftführerin**

**Weitere Schriftführerin**

Tollebeek

Kienast-Dittrich

Koba